

Postulat René Kunz, SD, Reinach, vom 8. Mai 2012 betreffend Durchsetzung eines Handyverbots für kriminelle und renitente Asylanten im Kanton Aargau

Text:

Der Regierungsrat wird gebeten, ein Handyverbot für kriminelle und renitente Asylanten zu prüfen, um Straftaten zu verhindern oder weniger leicht zu machen.

Begründung:

Was der Kanton Luzern kann, kann auch der Kanton Aargau! Bekanntlich prüft der Kanton Luzern ein Handyverbot für kriminelle und renitente Asylanten.

Es ist nicht von der Hand zu weisen; die Kriminalität bei Asylanten hat dramatische und für die Bevölkerung nicht mehr zumutbare Ausmasse angenommen. Die von den Behörden in den letzten Monaten eingeleiteten Massnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität – innerhalb und ausserhalb von Asylunterkünften – sind sicher gut gemeint, jedoch völlig unwirksam. Mit dem Beobachten der Asylunterkünfte durch die Kantonspolizei und die Gewährleistung der Sicherheit innerhalb der Unterkünfte durch Betreuungspersonen und den Sicherheitsdienst sowie vorübergehende Zutrittskontrollen wird die Gewalt und Kriminalität keinesfalls gestoppt.

Es ist zwingend und unbedingt notwendig, dass eine härtere Gangart im Asylbereich eingeleitet werden muss. Ein Handyverbot für kriminelle und renitente Asylbewerber ist ein erster sicherheitspolitischer Schritt in die richtige Richtung. Diese Massnahme hat nichts, aber auch gar nichts, mit dem Begriff "Menschenrecht" zu tun. Der Besitz eines Handys ist kein Menschenrecht! Bei einem Handyverbot für kriminelle und renitente Asylanten geht es unter anderem auch um die Verhinderung von weiteren Straftaten.

Die Behörden wissen sehr wohl, dass sich mit Handys und anderen Kommunikationsmitteln Gewalttaten, Diebstähle, Einbrüche und Drogenhandel unauffällig organisieren und abwickeln lassen. Das beste Beispiel für solche kriminellen Machenschaften ist die Asylunterkunft in Holderbank. Der Kanton Aargau darf kein Eldorado für kriminelle und renitente Asylanten sein. Nur mit einem Handyverbot für diesen Personenkreis kann noch "Schlimmeres" verhindert werden!

Fazit: Dass sich dieser Personenkreis keinen Deut um unsere Rechtsordnung kümmert, spricht eine klare Sprache. Nebst den finanziellen Zuwendungen durch staatliche und private Institutionen und dem Besitz von modernsten Kommunikationsmitteln ist ein grosser Teil der Asylanten primär im Drogenhandel tätig. Die Verunsicherung bei der Bevölkerung ist gewaltig; es ist deshalb unabdingbar, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wieder hergestellt wird.

Hinweis: Gemäss einer Umfrage der Aargauer Zeitung vom 4. Mai 2012 haben sich 85 Prozent der Umfrage-Teilnehmer für ein Handyverbot für kriminelle und renitente Asylanten ausgesprochen. Dieses Ergebnis zeigt eine deutliche Sprache!

Wilhelm von Humboldt sagte: "Ohne Sicherheit vermag der Mensch weder seine Kräfte auszubilden noch die Frucht derselben zu geniessen; denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit."
